

KV-Nr.: 2450

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 10 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Polizeipräsidium Krefeld
Nordwall 1-3, 47798 Krefeld Telefon 02151/634-0

Eingangsstempel	
Polizeipräsidium Krefeld - Polizeiinspektion Nord -	
Eing.	25. OKT. 2000
Tgb.-Nr.	3392/00
Sachb.	Schindler

VAB	Dienststelle/Name/Amtsbezeichnung des aufnehmenden Beamten PI Nord KK 2 - Schindler, PK
	Datum/Uhrzeit der Anzeigenerstattung 25.10.2000 14:41 Uhr

VNR	Vorgangsnummer
VSD	Organisationseinheit/Sachbearbeiter(in)
PKS-Schlüsselzahl	

Strafanzeige

TAE	Straftat Diebstahl, Betrug		Versuch (TQU) <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
	§§ 242, 263 StGB			
TTZ	Tatzeit von Mittwoch, 18.10.2000 bis			
TTO	Tatort Wohnung der Geschädigten, Südstraße 5 Sparkasse Krefeld, Zweigstelle Oststraße			PI
	Erlangtes Gut (Bei Schecks und Scheckkarten: Konto-Nr. und Geldinstitut) Euroscheck bzw. 3.000,00 DM			
	Beweismittel			
TSE	Schadenssumme erlangtes Gut			
	Versicherung			
	Spurensicherung <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		am	durch
PAR	Personenstatus	Geschädigter	Tatverdächtiger	
PFN	Familienname	Grieger		
PGB	Geburtsname	Köhn		
PVN	Vorname	Astrid		
PGD	Geburtsdatum	12.02.1945		
PGO	Geburtsort	Berlin		
PNA	Nationalität	deutsch		
PAT	Beruf	Krankenschwester		
PLA	letzter Aufenthalt	Südstraße 5		
	Telefon	47798 Krefeld		
		privat	privat	
		tagsüber	tagsüber	

Sachverhaltsschilderung

An heutigen Tage, Mittwoch, den 25.10.2000, erscheint Frau Astrid Grieger unaufgefordert auf der Dienststelle und macht nach Belehrung gemäß § 52 StPO über Zeugnisverweigerungsrechte folgende Angaben:

Ich habe die erfolgte Belehrung über mein Zeugnisverweigerungsrecht, insbesondere in Bezug auf meine Kinder, verstanden. Dennoch möchte ich folgenden Sachverhalt zur Anzeige bringen.

Am heutigen Tage habe ich meinen Kontoauszug von der Sparkasse Krefeld, Nebenstelle Oststraße, abgeholt und dabei festgestellt, dass von meinem Konto 3.000,00 DM abgebucht worden sind.

Ich selber habe das Geld nicht abgehoben. Ich habe mit der Angestellten der Sparkasse darüber gesprochen. Eine Dame hat mir dann die Kopie des Schecks gegeben, mit dem die 3.000,00 DM abgehoben wurden. Die Unterschrift auf dem Scheck stammt eindeutig nicht von mir.

Die Schecks bewahre ich immer in der Schublade im Wohnzimmerschrank auf. In meine Wohnung ist aber nicht eingebrochen worden.

Ich werde jetzt gefragt, wer alles Zugang zu meiner Wohnung hat. Es sind einmal mein Sohn Michael Klein und meine Tochter Marion Klein, beide aus erster Ehe. Meine Tochter wohnt Seidenstraße 64 in Krefeld, sie hat wie mein Sohn einen Schlüssel zu meiner Wohnung.

Mein Sohn hat bis Mitte Juli bei mir gewohnt. Er wohnt jetzt mit einem Freund, einem Tim Martins, in der St.-Anton-Straße 36 in Krefeld.

Mein Sohn und sein Freund sind öfter allein bei mir, um sich etwas zu essen zu machen. Auch meine Tochter war häufiger allein in der Wohnung.

Mein Tatverdacht richtet sich aber gegen mein Sohn und seinen komischen Freund.

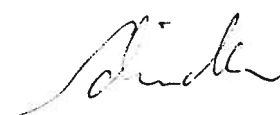
Der Scheck wurde nämlich am 18.10.2000 eingelöst bzw. abgebucht. An diesem Tag war ich mit meiner Tochter unterwegs bzw. wir hatten beide Spätschicht, sodass wir den Scheck gar nicht einlösen konnten.

Ich stelle Strafantrag wegen aller in Betracht kommenden Delikte und zwar auch, wenn mein Sohn beteiligt sein sollte.

Weitere Angaben kann ich derzeit nicht machen.

geschlossen: 15:40

gelesen, genehmigt und unterschrieben


Schindler, PK


Astrid Grieger

Polizeipräsidium Krefeld
PI Nord / KK 2
Tgb.-Nr. KKN 2-3392/00

Krefeld, 25.10.2000

Vermerk:

Die Geschädigte hat bei ihrer Bank die gesamte Scheckserie sperren lassen bzw. die noch in ihrem Besitz befindlichen Schecks zurückgegeben.

Bei der Sparkasse Krefeld konnte ermittelt werden, dass der Scheck über 3.000,00 DM nach Prüfung der Unterschrift dem Giro-Konto des Michael Klein ebenfalls bei der Sparkasse Krefeld, Nr. 080770653, gutgeschrieben worden ist. Als Scheckeinreicher ist, mit einer schriftlichen Vollmacht durch Herrn Klein versehen, ein Herr Martins aufgetreten. Dieser hat unmittelbar danach, wiederum mit einer schriftlichen Vollmacht, vom Konto des Herrn Klein die 3.000,00 DM wieder in bar abgehoben.

Aufgrund dieser Erkenntnisse richtet sich das Verfahren nunmehr gegen den Sohn der Geschädigten

Michael Klein,
geb. am 07.03.1975 in Neuss, 25
St.-Anton-Straße 36,
44798 Krefeld,

und seinen Freund

Tim Martins,
geb. am 11.07.1966 in Köln, 34
St.-Anton-Straße 36,
44798 Krefeld.

Gegen Herrn Martins liefen bereits mehrfach Ermittlungsverfahren wegen gleicher Delikte, ohne dass es bisher zu einer Verurteilung gekommen ist.


Schindler, PK

Tim Martins

St.-Anton-Straße 36
44798 Krefeld

An das
Polizeipräsidium Krefeld
Polizeiinspektion Nord / KK 2
Nordwall 1-3

Polizeipräsidium Krefeld	
- Polizeiinspektion Nord -	
Eing.	13. NOV. 2000
Tgb.-Nr.	3352/00
Sachb.	Schmalle

44798 Krefeld

Krefeld, den 10.11.2000

Ihre Vorladung zum 15.11.2000

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst teile ich mit, dass ich als vermeintlich Beschuldigter von meinem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch machen werde. Ich werde daher den Termin zur Vernehmung nicht wahrnehmen.

Ich gehe davon aus, dass sich Ihre Vorladung auf die Ermittlungssache Michael Klein bezieht, den Sie ja nun am gleichen Tag vernehmen wollen. Es ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, nachdem der Polizei ein Schreiben des Herrn Klein an seine Mutter vorliegen müsste, dass ich dann als Beschuldigter vernommen werden soll. Ich bin der Meinung, dass in diesem Fall die Scheckeinreichung und Abhebung des Betrages vom Konto des Michael Klein keinen Straftatbestand erfüllt.

Ich bin es mittlerweile gewöhnt, dass ich grundsätzlich durch die Polizei als Täter verdächtigt werde, auch wenn mein Name nur im entfernten Zusammenhang fällt. Das mag zwar angesichts der verschiedenen Ermittlungsverfahren gegen mich für Sie logisch sein. Aber auch diesmal liegen Sie wieder neben der Sache.

Sollte ich aber nunmehr als Zeuge gegen Herrn Klein aussagen sollen, mache ich schon jetzt von meinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch, da ich mit Herrn Klein eine Intimbeziehung führe und mit ihm zusammenlebe.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Martins

Michael Klein
St.-Anton-Straße 36
44798 Krefeld
Krefeld, den 09.11.2000

An das
Polizeipräsidium Krefeld
Polizeiinspektion Nord / KK 2
Nordwall 1-3

44798 Krefeld

Polizeipräsidium Krefeld - Polizeiinspektion Nord -	
Eing.	13. NOV. 2000
Tgb.-Nr.	3352/00
Sachb.	Schnelle

Ihre Vorladung zum 15.11.2000

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum o. g. Termin werde ich nicht erscheinen, da ich in dieser Strafsache
keine Angaben machen will.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Klein

Polizeipräsidium Krefeld
PI Nord / KK 2

☒ Beschuldigtenvernehmung

☐ Personalbogen

☐ Bericht

☒ Erwachsener

☐ Heranwachsender

☐ Jugendlicher

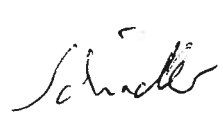
☐ Ausländer

☐ Ausländerbehörde

☐ Jugendamt

Ort / Datum / Uhrzeit

Krefeld, den 15.11.2000

PHW	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig *)		
PFN	Familienname / Ehefrau u. Namensbestandteile K L E I N	PGB	Geburtsname Klein
PSN	Sonstige Namen	PVN	Vorname(n) Michael
PGD	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) 07.03.1975	PNA	Geburtsort (Kreis / Land) Neuss
PMW	Geschlecht männlich	PGO	Staatsangehörigkeit deutsch
PAT	Akademische Grade	PSP	Spitzname
ZLA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort) St. Anton-Straße 36 47798 Krefeld	ZVL	Familienstand ledig
		ZAT	Beruf z. Zt. ohne Arbeit
Beide Elternteile / Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift			
BPA-/Pass-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde Daten laut EMA-Auskunft			
**)			
Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)			
Einkommensverhältnisse a) z.Zt. der Tat b) gegenwärtig			Erwerbslos seit
Ehrenämter			
Vor- u. Familiennamen des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf entfällt			
Kinder (Anzahl und Alter) keine			
Pfleger / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)			
Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)			
Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)			
Noch zur Person: (u.a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger, Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis / Ausstellungsbehörde; Festnahme / Verbleib; zuständige StA / AZ.)  Schindler, PK			

(Unterschrift bei Personalbogen)

*) polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung


**) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen
NW POL 11

Polizeipräsidium Krefeld
PI Nord / KK 2

- ☒ Beschuldigtenvernehmung
☐ Personalbogen
☐ Bericht
- ☒ Erwachsener
☐ Heranwachsender
☐ Jugendlicher
☐ Ausländer
☐ Ausländerbehörde
☐ Jugendamt

Ort / Datum / Uhrzeit

Krefeld, den 15.11.2000

PHW	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig *)		
PFN	Familienname / Ehefrau u. Namensbestandteile MARTINS	PGB	Geburtsname Martins
PSN	Sonstige Namen	PVN	Vorname(n) Tim
PGD	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) 11.07.1966	PNA	Geburtsort (Kreis / Land) Köln
PMW	Geschlecht männlich	PGO	Staatsangehörigkeit deutsch
PAT	Akademische Grade	PSP	Spitzname
ZLA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort) St. Anton-Straße 36 47798 Krefeld	ZVL	Familienstand ledig
		ZAT	Beruf z. Zt. ohne Arbeit
Beide Elternteile / Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift			
BPA-/Pass-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde			
Daten laut EMA-Auskunft			
**)			
Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)			
Einkommensverhältnisse a) z.Zt. der Tat b) gegenwärtig			Erwerbslos seit
Ehrenämter			
Vor- u. Familiennamen des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf entfällt			
Kinder (Anzahl und Alter) keine			
Pfleger / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)			
Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)			
Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)			
Noch zur Person: (u.a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger, Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis / Ausstellungsbehörde; Festnahme / Verbleib; zuständige StA / AZ.)			
 Schindler, PK			

(Unterschrift bei Personalbogen)

*) polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

**) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen
NW POL 11

Polizeipräsidium Krefeld

PI Nord / KK 2

Tgb.-Nr. KKN 2-3392/00

Krefeld, 15.11.2000

Vfg.

1. Vermerk:

- a) Die Beschuldigten sind, wie bereits angekündigt, zu dem Vernehmungstermin nicht erschienen. Es wird diesseits davon ausgegangen, dass sie derzeit keine Angaben zur Sache machen wollen. Die Personalbögen wurden nach EMA-Anfrage erstellt.
- b) Zwischenzeitlich ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft mit Beschluss des Amtsgerichts Krefeld vom 09.11.2000 die Beschlagnahme des Originalschecks über 3.000,00 DM, des Einreichungsbelegs mit Vollmacht sowie des Auszahlungsbelegs mit Vollmacht in der Sparkasse Krefeld angeordnet worden. Die Unterlagen wurden nach Übergabe des Beschlusses von Herrn Siebert in der Hauptstelle der Sparkasse freiwillig herausgegeben. Die Unterlagen wurden zur Akte genommen.
- c) Die Anzeigenerstatterin Frau Astrid Grieger erschien erneut unaufgefordert auf der Dienststelle und übergab ein Schreiben ihres Sohnes ohne Datum, in welchem dieser die Tat einräumt. Dieses wird im Original zu den Akten genommen.

2. Urschriftlich mit Akten

der Staatsanwaltschaft

in 47798 Krefeld

zuständigkeitshalber übersandt.

Staatsanwaltschaft
Krefeld

Eing. 20. NOV. 2000

Anlagen

Im Auftrag:


Schindler, PK

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck des Schecks, des Einreichungsbelegs, des Auszahlungsbelegs sowie der Vollmachten wurde abgesehen.

Staatsanwaltschaft Krefeld
- 11 Js 2651/00

Krefeld, den 23.11.2000

Vfg.

1. Das Verfahren gegen den Beschuldigten Martins wird abgetrennt. !
2. Bl. 1 - 8 d. A. kopieren und neues Js-Verfahren anlegen.
3. Wv.


Derstadt, Staatsanwältin

Liebe Mutti,

hiermit möchte ich Dir mitteilen, daß ich Dir den Scheck entwendet, die Unterschrift gefälscht und ihn mit der Schreibmaschine mit einem Wert von 3000,- DM ausgefüllt habe. Außerdem habe ich ihn mit dem Zusatz "Nur zur Verrechnung" markiert, weil er als Barscheck in dieser Höhe nicht angenommen worden wäre. Und es ist auch vollkommen egal, was Dir die Polizei über meinen Freund erzählt hat. Er hat nichts damit zu tun. Ich habe ihm lediglich erzählt, daß dieser Scheck eine Leihgabe von Dir ist, die wir zurückzahlen müssen. Und um mich wenigstens ein bißchen aus der Affäre zu ziehen, habe ich, unter dem Vorwand, daß ich mich nicht wohlfühlen würde, eine Vollmacht ausgeschrieben, damit ich sowohl die Scheckeinreichung, als auch den Auszahlungsbeleg nicht unterschreiben mußte.

Als Grund dafür kann ich nur sagen, daß ich so viele Rechnungen bezahlen mußte und von keiner Stelle Geld bekommen habe. Beim Arbeitsamt hat man mir gesagt, daß sie keine unvollständigen Anträge mehr annehmen (Arbeitsbescheinigung und LSt-Karte fehlen). Beim Sozialamt haben sie mir erzählt, daß ich erst einen Antrag stellen kann, wenn das Arbeitsamt den Antrag angenommen hat.

Aus diesem Grund möchte ich Dich bitten, in Anbetracht einer angemessenen Ratenzahlung, den bei der Polizei gestellten Strafantrag zurückzunehmen. Ich habe Dich doch lieb.

Dein Michi!

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Der Bundeszentralregisterauszug bezüglich des Beschuldigten Klein liegt vor und weist keine Eintragung aus.

Es ist zu unterstellen, dass die Beschlagnahme der Unterlagen bei der Sparkasse Krefeld, der ein ordnungsgemäßer Beschluss zugrunde lag, ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Straftaten außerhalb des StGB und Ordnungswidrigkeit sind nicht zu prüfen.

Prüfervermerk zur Vortragsakte (KV Nr. 2450)

Dem Aktenvortrag liegt Austauschvortrag Nr. 4089 des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten - Landesjustizprüfungsamt - zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist **keine Musterlösung**. Die Hinweise sollen lediglich die Probleme aufzeigen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe als Aktenvortrag auszugeben.

I. Der Beschuldigte Klein (K) dürfte sich eines **Diebstahls gemäß §§ 242 I, 247 StGB** hinreichend verdächtig gemacht haben, indem er den im Eigentum seiner Mutter, der Zeugin Grieger (G), stehenden Eurocheck, eine für ihn fremde bewegliche Sache aus deren Wohnung entwendet und damit im Sinne des § 242 I StGB weggenommen hat. Dieser Sachverhalt dürfte aufgrund der Aussage der G und des undatierten Briefes des K mit hinreichender Sicherheit feststehen. Gegen die Verwertbarkeit des Briefes dürften keine Bedenken bestehen, da der Brief an G gerichtet war und von dieser der Polizei freiwillig zugänglich gemacht wurde. Die G war zudem vor ihrer Zeugenvernehmung über ihr Zeugnisverweigerungsrecht gemäß § 52 StPO belehrt worden. Ausweislich des Schreibens hatte K bei der Wegnahme vor, den Scheck für sich zu verwenden, sodass er vorsätzlich und mit der erforderlichen Zueignungsabsicht gehandelt haben dürfte. Der gemäß § 247 StGB erforderliche Strafantrag (Diebstahl eines Angehörigen) ist form- und fristgemäß durch G gestellt worden, §§ 77 I, 77b I, II StGB, § 158 II StPO.

II. Durch das Ausfüllen und Unterzeichnen des Schecks dürfte sich K auch wegen **Urkundenfälschung gemäß § 267 I 1. Alt. StGB (Herstellen einer unechten Urkunde)** hinreichend verdächtig gemacht haben. K hat in seinem Schreiben eingeräumt, den Scheck mit der Summe von 3.000,00 DM ausgefüllt und die Unterschrift der G nachgemacht zu haben. Der ausgestellte und unterzeichnete Scheck dürfte eine Urkunde im Sinne des § 267 I StGB sein. Er enthält die im Rechtsverkehr erhebliche Gedankenerklärung als Anweisung an die Bank, dem Scheckeinreicher den auf den Scheck geschriebenen Betrag auszuzahlen bzw. gutzuschreiben, ist geeignet und bestimmt, im Rechtsverkehr den Beweis für die Anweisung zu erbringen, und lässt durch die Unterschrift den - angeblichen - Aussteller erkennen. Durch das Ausstellen des Schecks mit dem Ansehen, als sei sie von einer anderen Person, der Berechtigten G, ausgestellt worden, hat K eine unechte Urkunde hergestellt (vgl. Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 267 Rn. 2, 20). K dürfte vorsätzlich und in der Absicht zur Täuschung des Rechtsverkehrs gehandelt haben, da er vorhatte, den ausgefüllten Scheck bei der Bank einzulösen bzw. einlösen zu lassen.

III. K dürfte sich weiterhin wegen Betruges in mittelbarer Täterschaft gemäß §§ 263 I, 25 I 2. Alt. StGB hinreichend verdächtig gemacht haben, indem er den von ihm ausgefüllten Scheck durch den Beschuldigten Martins (M) bei der Sparkasse Krefeld einlösen lassen hat. Es dürfte davon auszugehen sein, dass M bei der Einlösung des Schecks als vorsatzloses Werkzeug des Tatmittlers K gehandelt hat. M selbst bestreitet in seinem Schreiben, mit der Straftat irgendetwas zu tun zu haben, und auch K behauptet in dem Schreiben an G, dass er M unter Vortäuschen einer „Leihgabe“ der G sowie eines Unwohlseins gebeten habe, den Scheck einzulösen und das Geld abzuheben. Allein aus den bisher gegen M gelaufenen Ermittlungsverfahren dürften sich keine Anhaltspunkte für ein vorsätzliches Handeln in Kenntnis der tatsächlichen Umstände ergeben.

Durch die Vorlage des Scheck hat K (mittels M) den die Unterschrift überprüfenden Bankmitarbeiter durch Vorspiegelung der falschen Tatsache, dass der Scheck von der Berechtigten G unterschrieben worden ist und eine Anweisung an die bezogene Bank zur Gutschrift auf das Konto des Einreichers enthält, getäuscht und einen entsprechenden Irrtum erregt. Aufgrund dieses Irrtums hat die Sparkasse eine Vermögensverfügung in Form der Gutschrift der 3.000 DM auf das Konto des K vorgenommen. Dadurch dürfte der Sparkasse ein Vermögensschaden in gleicher Höhe entstanden sein, da sie eine entsprechende Gegenforderung mangels tatsächlich von G erteilter Anweisung nicht erlangt haben dürfte. K dürfte vorsätzlich und mit der Absicht, sich stoffgleich und rechtswidrig zu bereichern, gehandelt haben. Dabei kann dahinstehen, ob K irrig annahm, durch die Scheckhingabe seine Mutter zu schädigen, da der Vorsatz sich nicht darauf erstrecken muss, wer der wirkliche Geschädigte ist (vgl. Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 263 Rn. 40).

IV. Die Vorlage des Schecks dürfte zugleich eine Urkundenfälschung in mittelbarer Täterschaft gemäß §§ 267 I 3. Alt., 25 I 2. Alt. StGB durch das vorsätzliche Gebrauchen einer unechten Urkunde - des ausgefüllten Schecks - zur Täuschung des Rechtsverkehrs mittels des vorsatzlosen M darstellen. Das Fälschen und anschließende Gebrauchen des Scheck stellen jedoch nur eine Tat dar (Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 267 Rn. 44)

V. Konkurrenzen: Der Betrug in mittelbarer Täterschaft und die Urkundenfälschung dürften in Tateinheit gemäß § 52 StGB, der Diebstahl hierzu in Tatmehrheit gemäß § 53 StGB stehen.

VI. Es dürfte gegen K Anklage bei dem gemäß § 7 StPO, §§ 24 I, 25 Nr. 2 GVG zuständigen Amtsgericht Krefeld - Strafrichter - zu erheben sein.

Textkontrolle: StGB, StPO, GVG